Landrat steht zur Finanzierung von Stuttgart 21

Bernhard Maier warnt aber vor höherem kommunalen Anteil -

Trotz Schuldenlast will der Kreis 12 Millionen Euro beisteuern

Böblingen. Der Kreis geht mit einer Rekordverschuldung von 120 Millionen Euro ins neue Jahr. Was sind die Ursachen, welche Belastungen kommen auf den Kreis zu, welche Sparpotenziale gibt es? Günter Scheinpflug sprach mit Landrat Bernhard Maier.

Wie erklären Sie den Schuldenberg?
Die Situation beim Landkreis ist Jahr für Jahr dieselbe. Die Soziallasten steigen und mit ihnen die Kreisumlage auf mittlerweile über 40 Punkte. Bei dieser Hochbelastung kann die Kreisumlage keine Investitionsrate mehr erwirtschaften. Wenn dann trotzdem in Schulen, Straßen und Krankenhäuser investiert wird, geht das nur über eine Steigerung der Verschuldung.

Wie soll das weltergehen?

Die finanzielle Lage scheint sich 2007 zum ersten Mal zu entspannen. Die Wirtschaft zieht wieder an, die Zahl der Arbeitslosen sinkt, das verspricht auch sinkende Soziallasten und eine steigende Steuerkraft. Bei gleichbleibender Kreisumlage, die der Kreistag so mitträgt, haben wir in diesem Jahr zum ersten Mal Aussicht auf eine Nettonullverschuldung.

Was bedeutet das?

Die Neuverschuldung wird nicht höher sein als die Tilgung.

Angenommen, es geht doch nicht so positiv weiter, wie es das Konjunkturbarometer anzeigt. Wie hoch könnte sich der Kreis noch verschulden?

Die Zahlen für 2007 sind gesichert. Im Übrigen ist die Verschuldungsgrenze dann erreicht, wenn Haushaltsmittel für den Schuldendienst nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wie hoch ist gegenwärtig der Schuldendienst des Landkreises?

Wir zahlen momentan rund acht Millionen Euro Zins und Tilgung, das entspricht in etwa drei Prozent des Haushalts. Das ist auch im Vergleich zu den Nachbarkreisen und im Hinblick auf unsere Leistungsfähigkeit noch vertretbar. Im Übrigen entstehen dadurch auch Vermögenswerte in Form von Schulen, Krankenhäusern und Verkehrswegen.

Hat der Kreis jede einzelne Umgehungsstraßen benötigt? Auch jene zum Beispiel um De-

ckenpfronn herum?

Der Kreis ist ein Wirtschaftsstandort, der den fließenden Verkehr für Güter und Menschen braucht. Wenn wir für unsere Betriebe attraktiv bleiben wollen, benötigen wir ein gut ausgebautes, flüssiges Straßennetz. Deckenpfronn ist ein gutes Beispiel. Wir sind mit dem Kreis Calw wirtschaftlich eng verbunden und arbeiten in vielen Bereichen zusammen, der Klinikverbund ist nur das jüngste Beispiel. Wenn ich heute von Böblingen nach Calw fahre, muss ich keine einzige Ortsdurchfahrt mehr belasten. Umgekehrt fahren die Menschen aus Calw ebenso leicht zu ihren Arbeitsplätzen hierher. Das ist sehr wichtig für beide Standorte.

Der Autoverkehr im Kreis kommt aber dennoch morgens und abends fast überall zum Erliegen.

Das ist das größte Manko, das wir als Wirtschaftsstandort haben. Deshalb haben wir auch die Ausbauprogramme forciert: für die A 8, für die B 464, für die A 81 und für eine Reihe von Ortsumfahrungen, die jetzt alle im Bau und in der Planung sind.

Sie haben stets auch Kritik an der gemeinsamen Finanzierung des Nahverkehrs in der Region geübt und moniert, dass der eigene Betrag so hoch sei. Was tun Sie gegen die steigenden Ausgaben in diesem Bereich?

Die Landkreise und die Stadt Stuttgart tragen gemeinsam den Abmangel des Nahverkehrs in der Region, der im VVS gebündelt ist. Seit Einführung des einheitlichen Fahrscheins haben sich die Kosten bei den Landkreisen verdoppelt und diejenigen der Stadt Stuttgart halbiert. Der Kreis Böblingen ist mit 20 Millionen Euro jährlich daran beteiligt. Wir empfinden das als ungerecht, intransparent und sehen eine Schieflage, die korrigiert werden muss. Wir sind aber dazu in Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und haben den Ministerpräsidenten eingeschaltet, der eine Kommission zur Erarbeitung dieses komplizierten Sachverhalts einberufen hat. Die Regelung dieses Problems erwarten wir noch im laufenden Jahr.

Mit Sorge sehen Sie auch der Finanzierung von Stuttaart 21 entgegen.

Um keine Zweifel entstehen zu lassen, unser Wirtschafts- und Lebensraum braucht Stuttgart 21 und eine attraktive Anbindung an das internationale Schienennetz. Wir auch zu unserer Mitfinanzierungspflicht, die uns acht Jahre lang mit 1,5 Millionen Euro jährlich belastet, ohne dass uns bis heute jemand erklären konnte, weshalb zum Beispiel die Landkreise Böblingen und Ludwigsburg bezahlen und Heilbronn, Reutlingen oder Tübingen ungeschoren davonkommen. Dies muss aber das Ende der Fahnenstange sein. Wenn jetzt die Kosten davonlaufen oder der Bund als Hauptkostenträger vor der Kostenfolge zurückschreckt, darf dies nicht zu Lasten des kommunalen Anteils gehen.

Der größte Kostenfaktor sind die Soziallasten, die zuletzt immer weiter gestiegen sind. Wie wollen Sie diese verringern?

Die sozialen Leistungen, die der Landkreis im Bereich der Sozial-, Jugend- und Behindertenhilfe für seine Städte und Gemeinden erbringt, machen mit rund 140 Millionen Euro rund zwei Drittel unseres Etats aus und entsprechen der Kreisumlage. Der Sozialbereich wird ausschließlich von gesetzlichen Leistungen bestimmt, die Bürger haben einen Rechtsanspruch darauf. Einsparpotenziale ergeben sich nur, wenn die Zahl der Empfänger sinkt. Seit Juli haben wir zum Beispiel im Bereich der Arbeitslosenhilfe durch Vermittlungen in den Arbeitsmarkt zum ersten Mal seit Jahren eine Trendwende mit sinkenden Bedarfsgemeinschaften. Die Soziallasten können weiter sinken, wenn es uns gelingt, das

Fortsetzung nächste Seite

Seite: 35